

2. Transparenz bei den Spenden der Flughafen Zürich AG

Dringliches Postulat Sibylle Marti (SP, Zürich), Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach), Gianna Berger (AL, Zürich) vom 1. September 2025

KR-Nr. 273/2025, RRB-Nr. 1021/1. Oktober 2025 (Stellungnahme)

Ratspräsident Beat Habegger: Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das dringliche Postulat nicht zu überweisen. Gemäss Paragraf 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Um was geht es bei diesem dringlichen Postulat? Der Flughafen Zürich gehört zu einem Dritteln dem Kanton Zürich. Der Kanton Zürich ist mit Abstand der grösste Aktionär. Er ist also Grossaktionär, und weil das so ist, hat er mehr Rechte als andere Aktionäre, zum Beispiel Vetorechte. Die Flughafen Zürich AG (FZAG) ist somit keine Aktiengesellschaft wie jede andere, weil sie zu namhaften Teilen in öffentlichem Besitz ist.

Wir wissen, dass die Flughafen Zürich AG in den letzten fünf Jahren 3,3 Millionen Franken Spenden an verschiedene Parteien, Verbände und Organisationen geleistet hat, und das, obwohl man die Parteispenden 2023 auf unseren Druck hin eingestellt hat. An wen also geht dieses Geld? Welche Wahl, welche Abstimmungskomitees, welche Wirtschaftsverbände, welche Vereine, welche Akteure profitieren von diesen Spendengeldern? Wir wissen es nicht, die Zürcher Bevölkerung weiss es nicht.

Mit unserem dringlichen Postulat wollen wir Transparenz schaffen. Wir fordern deshalb ein öffentlich einsehbares Spendenregister, das alle Spenden, Mitglieder- und Kampagnenbeiträge, die die Flughafen Zürich AG in den letzten fünf Jahren geleistet hat, aktuell leistet und in Zukunft leistet, publiziert, und zwar mit Datum, Betrag, Empfänger und Zweck.

Was schreibt uns nun der Regierungsrat zu dieser Forderung? Er schreibt uns Folgendes, ich zitiere: «Der Kanton kann weder eigenmächtig über Informationen der FZAG verfügen, noch kann er beliebig Informationen einfordern.» Das heisst also: Der Kanton Zürich behauptet, er selbst – obwohl er einen Dritteln der Aktien besitzt – sei ein Aktionär wie jeder andere, er habe eben nicht die Rechte, mehr Informationen einzufordern. Und aus diesem Grund könne er auch kein Spendenregister machen, weil er eben die dazu notwendigen Informationen über die Spenden vom Flughafen selbst nicht erhalten könne. Der Regierungsrat speist uns im Namen der Flughafen Zürich AG mit lauen und halbgaren Informationen ab, die praktisch alle schon bekannt waren. Aber die wichtigsten Informationen, nämlich die Empfänger der Spenden und der Geldbetrag, werden nicht genannt.

Nun, seit gestern wissen wir alle, dass das so offenbar nicht stimmt, dass der Kanton Zürich eben nicht ein Aktionär wie jeder andere ist. Wie wir alle im «Sonnablick» (Wochenzeitung) lesen konnten, hat die Flughafen Zürich AG offenbar selbst ein Rechtsgutachten machen lassen, das zum Schluss kommt, der Kanton

Zürich habe sehr wohl ein Informationsrecht in Bezug auf die Spendengelder. Informationen nicht einfordern können und Informationen nicht einfordern wollen, das sind aber zwei ganz verschiedene Paar Schuhe. Frau Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*), es ist eben nicht so, dass Sie keine Transparenz über die geleisteten Spenden schaffen könnten, Sie wollen es einfach nicht.

Man muss es an dieser Stelle laut und deutlich sagen: Wenn es ein solches Rechts-gutachten gibt, das besagt, dass der Kanton Zürich vom Flughafen Informationen zu den Spendengeldern einfordern kann, und der Regierungsrat in der Antwort an uns etwas anderes behauptet, dann ist das skandalös. Und wir müssen ja annehmen, dass die Volkswirtschaftsdirektorin, die im Verwaltungsrat der Flughafen Zürich sitzt, von diesem Gutachten Kenntnis hatte. Und dann stellt sich eben schon die Frage: Hat sie dieses Gutachten bewusst ignoriert? Will sie dem Kantonsrat diese Informationen vorenthalten? Und falls das so ist, finde ich das absolut inakzeptabel. Offenbar geht es einfach nach wie vor darum, dass die Volkswirtschaftsdirektorin um jeden Preis verhindern will, dass die Öffentlichkeit über die Spenden an die Wirtschaftsverbände Bescheid weiss.

Es ist aber so: Wenn der Flughafen zu einem Drittelfarbe dem Kanton gehört und man diese Informationen beschaffen kann, dann hat die Öffentlichkeit Anrecht auf transparente Information. Und es gibt noch einen anderen Punkt: Wir müssen uns in diesem Parlament darauf verlassen können, dass uns die Regierung zu unseren Vorstössen wahrheitsgetreue Auskünfte gibt, auch wenn sie inhaltlich anderer Meinung ist, sonst haben wir wirklich ein grosses Problem in unserem demokratischen System. Ich frage Sie deshalb, Frau Volkswirtschaftsdirektorin, direkt – und ich erwarte in dieser Debatte Antworten auf meine Fragen: War Ihnen das Gutachten von Professor Kunz (*Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern*), das im «Sonntagsblick» zitiert wird, bekannt? Wieso glauben Sie diesem vom Flughafen selbst in Auftrag gegebenen Gutachten nicht? Wieso stellen Sie sich trotzdem auf den Standpunkt, der Kanton Zürich habe keine Informationsrechte? Und wieso wollen Sie um jeden Preis verhindern, dass die Zürcher Bevölkerung erfährt, wie viele Spenden der Flughafen an ihm wohlgesinnte Wirtschaftsverbände tätigt? Wieso wollen Sie um jeden Preis keine Transparenz schaffen, obwohl Sie es könnten? Wieso – mit anderen Worten – weigern Sie sich derart, unsere Forderung umzusetzen und ein Spendenregister umzusetzen?

Darauf wollen wir Antworten, und ich danke Ihnen bereits jetzt dafür. Und es ist klar: Wir erwarten von allen Fraktionen in diesem Rat, die sich sonst auch immer rühmen, für Transparenz einzustehen, dass sie unser dringliches Postulat unterstützen.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Sie reiten hier ein totes Pferd, Sie kämpfen gegen etwas, das es gar nicht mehr gibt. Die Flughafen Zürich AG zahlt seit 2023 keine Spendengelder an Parteien mehr aus. Es ist entlarvend von Linksgrün, dass nur für die Flughafen Zürich AG ein Spendenregister verlangt wird. Es

ist eine weitere unsägliche Kampagne von Linksgrün gegen den Flughafen Zürich. Für NGO, wie zum Beispiel Pro Natura, WWF (*Umweltschutzverbände*), Pro Infirmis (*Fachorganisation für Menschen mit Behinderung*) und so weiter, wird dies nicht verlangt – wieso nicht? –, obwohl genau diese Organisationen jährlich ganz viel Geld von Bund und Kanton erhalten. Genau diese Organisationen unterstützen sehr viele politische Kampagnen oder sind sogar im Lead. Ein bekanntes Beispiel aus dem Kanton Zürich ist die Naturinitiative (*lanciert von Pro Natura Zürich*). Im Gegensatz zu diesen NGO fliessen jährlich keine Gelder vom Kanton Zürich in die Flughafen Zürich AG. Es ist nämlich umgekehrt, wir erhalten von der Flughafen Zürich AG jedes Jahr über 50 Millionen Dividenden. Dafür sollten wir eigentlich dankbar sein.

Zu Sibylle Marti: Was ich skandalös finde, ist, dass Sie dieses Gutachten selber gar nicht gelesen haben. Das ist der Skandal. Ich habe es auch nicht gelesen, ich konnte gestern einzig den Wirtschaftsprofessor Dr. Peter Kunz konsultieren, und ich zitiere Ihnen, was er mir geschrieben hat: Das Rechtsgutachten hat sich verbindlich einzig mit der Stadt Zürich als Aktionärin der Flughafen Zürich AG befasst. Der Kanton Zürich war hingegen kein rechtlich abzuklärendes Thema des Gutachtens für die Flughafen Zürich AG. Ich glaube, zu diesem Thema gibt es nicht mehr zu sagen.

Aber zurück zum Thema: Was ist falsch daran, wenn sich Aktiengesellschaften, Vereine, NGO, Verbände und so weiter für ihre Interessen einsetzen? Es wäre ja grotesk, wenn sie dies nicht mehr dürften. Darüber hinaus ist es ihre Pflicht und auch ihr Recht – das ist auch das Recht der Flughafen Zürich AG, aber eben auch das Recht aller NGO, Vereine, Verbände und so weiter –, sich für ihre wirtschaftlichen und politischen Anliegen einzusetzen, sonst wären diese Organisationen ja überflüssig. Dies ist doch der Kern unseres Milizsystems. Es ist eines der wichtigsten Puzzleteile unserer direkten Demokratie, dass sich jeder und alle Verbände engagieren können, teilhaben können an unserem politischen System. Und hier ist auch die rote Linie ganz klar, ich glaube, da sind wir uns einig: Das politische Engagement darf nicht mit öffentlichen Geldern erfolgen. Und ich bin überzeugt, dass sich da viele, ganz viele NGO viel eher – ich sage es jetzt einmal gütlich – im Graubereich befinden. Wir lehnen dieses Postulat ab.

Mario Senn (FDP, Adliswil): Als wir dieses dringliche Postulat gesehen haben, wurde in der FDP-Fraktion erst mal gegähnt, denn die Geschichte scheint sich zu wiederholen, das Drehbuch ist stets dasselbe: Eine grosse Tageszeitung mit Linkstrall schreibt einen Artikel, die Flughafen Zürich AG habe während fünf Jahren pro Jahr etwas über 600'000 Franken Politikfinanzierung betrieben. Rot, Grün und Dunkelrot nehmen den Ball dankbar auf, es bietet sich die Chance, einmal mehr empört «Skandal!» zu schreien, schliesslich steht eine weitere Flughafenabstimmung an. Und das Resultat der letzten Abstimmung zur Pistenverlängerung (*kantionale Abstimmung vom 3. März 2024*), bei welcher Sie trotz ähnlicher Skandalisierungsversuche eine richtige Klatsche eingefangen haben, lässt sich so in Zweifel ziehen. So weit das Drehbuch, so weit so langweilig.

Dieses Mal soll die Regierung einen Bericht erstellen von Spenden, Mitglieder- und Kampagnenbeiträgen der Flughafen Zürich AG. Auf die Gefahr hin, dass ich nicht der Letzte bin, der dies sagt: Die Flughafen Zürich AG ist eine privatwirtschaftlich tätige Unternehmung, mehrheitlich in privaten Händen. Sie ist kein Staatsbetrieb. Ja, wir haben es verstanden, Sie wollen das nicht akzeptieren. Der Kanton Zürich ist zwar der grösste Aktionär, aber er ist ein Minderheitsaktionär. Und eine börsenkotierte Gesellschaft hat alle Aktionäre gleich zu behandeln, auch wenn der «Sonntagsblick» gestern das Gegenteil behauptete. Über diesen Artikel und die darin geäusserte Unterstellung, der Regierungsrat hätte ein Rechtsgutachten von Professor Peter Kunz falsch zitiert, habe ich mich übrigens sehr gewundert, da Professor Kunz, der sich sicher total aufregen würde, wenn er falsch zitiert worden wäre, im Artikel selber gar nicht zu Wort kommt. Also habe ich beim Flughafen nachgefragt, was da dran ist. Nun gut, der Artikel im «Sonntagsblick» erweist sich als klassische Ente. Herr Professor Kunz hat ausdrücklich klar gestellt, dass dieser Punkt des Artikels unzutreffend und irreführend ist. Ihre Idee, dass der Regierungsrat einen Bericht zur Spendentätigkeit einer börsenkotierten Unternehmung erstellen soll, ist vor diesem Hintergrund weltfremd. Diese Forderung kann der Regierungsrat von sich aus gar nicht erfüllen, sondern er braucht die Unterstützung der Flughafen Zürich AG. Sie tätigt diese Spenden, sie hat im Rahmen der geltenden Gesetze die Hoheit darüber, wie sie darüber Auskunft gibt. Und das hat sie gemacht. Einerseits konnte man bereits im Januar 2024 in der NZZ lesen, wie die FZAG die Kampagne für die Pistenverlängerung unterstützt. Auch sind die wesentlichen Aspekte seit Jahren in den Geschäftsberichten der FZAG einsehbar. Auch steht auf der Webseite übrigens, dass die FZAG Mitglied ist bei Economiesuisse (*Schweizer Wirtschaftsverband*), bei der Zürcher Handelskammer, bei swisscleantec (*Schweizer Wirtschaftsverband*) und so weiter. Der Tagi-Artikel (*Tages-Anzeiger*) vom August ist in dieser Hinsicht kalter Kaffee. Andererseits hat die FZAG für die Stellungnahme des Regierungsrates umfassend dargelegt, wie sie sich politisch engagiert und wie sie Politikfinanzierung betreibt. Damit ist die FZAG übrigens um einiges transparenter als viele Gemeinden, die Steuergelder für die Kampagne gegen die Pistenverlängerung eingesetzt hatten. Dass die vom Kanton über den Zentrumslastenausgleich hoch subventionierte Stadt Winterthur via die Organisation «Region Ost» die Nein-Kampagne mitfinanzierte und nicht Transparenz schafft, ist für mich mindestens so skandalös. Wir begrüssen die Transparenz der FZAG. Die FZAG legt offen, was sie im Gesellschaftsinteresse offenlegen kann und darf, und sie sagt ausdrücklich, dass sie dies auch weiterhin tun wird. Das Postulat ist damit erfüllt. Würden Sie es überweisen oder würden wir es überweisen, würde der Regierungsrat genau das Gleiche schreiben wie in der Stellungnahme, mehr Transparenz gäbe es nicht. Zum Schluss noch eine politische Einordnung: Die FDP steht weiterhin zu einem starken Flughafen. Der Flughafen ist der Standortvorteil unseres Kantons. Es ist jene Infrastruktur, jene Verkehrsdrehscheibe, die uns von den anderen Standorten in der Schweiz abhebt. Und Ihr langsam peinliches Flughafen-Bashing lehnen wir ab, ebenso wie das vorliegende dringliche Postulat.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Transparenz bei politischen Spenden ist etwas sehr Wichtiges und die Grünliberalen haben sich immer, sowohl hier in diesem Rat als auch auf Bundesebene, für mehr Transparenz eingesetzt. Es ist für uns extrem zentral zu wissen, woher Gelder fliessen und wie politische Kampagnen und Abstimmungskämpfe finanziert werden.

Aber dieses Postulat ist grob stossend. Und ich spreche hier nicht darüber, ob es nun darum geht, ob es eine private Firma ist, welche Aktionäre welche Informationen erhalten dürfen und welche Anrechte haben, und ich spreche auch nicht darüber, dass es eine Aufarbeitung der Vergangenheit wäre. Es geht hier darum, dass eine Firma herausgepickt wird. Warum? Man kann vieles vermuten, man weiss es nicht. Warum muss also nur eine Firma ihre politischen Spenden offenlegen? Warum fordert man nicht Transparenz von allen? Warum schaut man nicht genau hin, wie die neu geltenden Transparenzvorschriften umgesetzt werden, und treibt dies voran, damit es auch wirklich für alle gleich umgesetzt wird? Warum fordert man die Transparenz nicht auch von den Gewerkschaften oder, aus aktuellem Anlass zur heutigen Debatte (*Anspielung auf die folgenden Traktanden betreffend diverse Volksinitiativen zur Wohnpolitik*) vom HEV (*Hauseigentümerverband*) und von Casafair (*Verband für umweltbewusste und faire Haus- und Wohn-Eigentümerinnen und -Eigentümer*)? Alle diese Vereine, Verbände und Firmen haben politische Interessen und unterstützen politische Kampagnen. Transparenz ist wichtig, aber man muss mit fairen und gleichen Massstäben handeln. Nur eine Firma herauszupicken, ist zu kurz gedacht.

Wir fordern, dass bei der Transparenz für alle die gleichen Regeln gelten. Dieses Postulat können wir so nicht unterstützen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Geschätzte Frau Stünzi, der Flughafen Zürich ist eben nicht eine AG wie alle anderen. Man kann ihn nicht einfach in den gleichen Topf werfen, sondern die Flughafen Zürich AG ist eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft unter Beteiligung – es wurde genug gesagt – zu einem Drittels des Kantons Zürich und 5 Prozent der Stadt Zürich. Und als eine solche gemischtwirtschaftliche AG hat der Flughafen Zürich eben nicht nur die Interessen der privaten Gesellschafterinnen und Gesellschafter zu berücksichtigen, die meistens wirtschaftlicher Natur sind, nein, der Flughafen hat auch Aufgaben und Interessen der öffentlichen Hand zu erfüllen. Und wie weit diese Aufgaben und Interessen reichen, scheint dem strategischen Führungsgremium der FZAG in der Vergangenheit und auch heute nicht immer ganz klar zu sein. Nur weil – und gerade weil – der Kanton 33 Prozent der Aktien hält, können wir und wollen wir hier überhaupt eine Debatte führen und fragen: Welches sind denn die öffentlichen Interessen, die der Flughafen Zürich zu wahren hat?

Wir von den Grünen sind sehr davon überzeugt, dass es im öffentlichen Interesse liegt, dass die FZAG sich politisch ausgeglichen verhält und sich in politischen Angelegenheiten in der Schweiz weitgehend zurückhält. Wenn der Firmenchef der Glarner Schokoladenfirma Läderach sich in politisch reaktionärer Weise engagiert und das publik wird, dann kann es ja durchaus sein, dass seine Firma massiv an Umsatz einbüsst oder seine Schokolade aus dem Sortiment der Swiss

(*Schweizer Fluggesellschaft*) herausfliegt, so wie im Jahr 2020 geschehen. Wenn der Flughafen sich politisch engagiert, hat das für ihn kaum Folgen. Wer ab Zürich fliegen will, kommt um den Flughafen praktisch nicht herum. Entsprechend gilt in dieser zentralen Stellung, die der Flughafen in unserem Land einnimmt, etwas Ähnliches wie für das Schweizer Fernsehen übrigens: Beide müssen unbedingt politisch ausgewogen agieren (*Heiterkeit auf der rechten Ratsseite*).

Es ist darum gut zu lesen, dass sich die Flughafen Zürich AG bezüglich der Compliance in Sachen Parteispenden dafür entschieden hat, mit ihrer skandalösen Spendentätigkeit aufzuhören. Als gemischtwirtschaftliche AG, an der die öffentliche Hand eben, wie gesagt, einen Teil von 38 Prozent hält, ist es völlig schräg, nur einem Teil des politischen Spektrums jährlich mehrere zehntausend Franken zu zahlen, mutmasslich an die SVP, FDP, Mitte, GLP und EVP, ebenso vielleicht auch an die EDU, das weiss ich nicht. Ebenso scheint mir ein Teil dieses Lernprozesses der FZAG zu sein, dass der Flughafen jetzt immerhin Zahlen veröffentlicht und 630'000 Franken an Spenden pro Jahr und Mitgliedsbeiträgen seit 2020 nennt. Zu vermerken ist auch, dass der Flughafen nun indirekte Parteispenden und die indirekte Unterstützung von Wahlkämpfen via Mitgliedschaften und Partnerschaften verbietet, auch das ist durchaus positiv, da zeichnet sich ein Fortschritt ab. Wenn man die Liste der Empfängerinnen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen auf der Homepage – freilich ohne die gewünschten Beträge – betrachtet, fallen einem unweigerlich ein paar bekannte politische Player ins Auge: Economiesuisse, Gewerbeverband Kanton Zürich, Zürcher Handelskammer. Und gerade diese drei sehr bürgerlichen Organisationen versuchen, die öffentliche Meinungsbildung beileibe nicht nur in Flughafenangelegenheiten, sondern in sehr vielen Politikbereichen zu beeinflussen. Ebenso finden wir die bekannten Flughafen-Lobbyisten auf der Liste: IG Flughafen Zürich, Weltoffenes Zürich, Verein Pro Flughafen. Wir attestieren: Man hat bei der FZAG seit dem Parteispendenskandal ein bisschen etwas gelernt, aber immer noch nicht genug. Wie wir sehen, werden immer noch direkt politische, bürgerliche Organisationen unterstützt, Organisationen, die alle politisch auf ihre Weise mitmischen.

Wir verlangen von der FZAG als einer AG im öffentlichen Interesse, damit aufzuhören, darum unterstützen wir dieses Postulat. Die FZAG kann sicher sein: Wenn weiter solche Sachen ans Licht kommen, wird das die nächste sehr unangenehme Debatte hier im Kantonsrat auslösen. Ich bitte also den Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG: Schauen Sie, dass das nicht nochmals nötig wird, denn es wird noch genug Debatten über Klima und Fliegen und die Rolle der FZAG in diesen Fragen geben.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur): Die Flughafen AG ist eine Aktiengesellschaft gemäss Privatrecht und eben nicht ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen. Wenn es so wäre, dann wäre das im Flughafengesetz so entsprechend formuliert, und das ist es eben nicht. Das Zweite ist: Es gilt der Grundsatz im schweizerischen Aktienrecht, dass alle Aktionärinnen und Aktionäre gleichbehandelt werden müssen, das gilt auch für Grossaktionäre. Jeder, der einmal in einem börsenkotierten Unternehmen war, weiss, wie wichtig es ist, dass man eben

diesen Grundsatz einhält und nicht Grossaktionäre bevorzugt. Das gilt auch, wenn der Grossaktionär der Kanton Zürich ist.

Das Postulat fordert im Prinzip den Regierungsrat und indirekt den Verwaltungsrat der Flughafen AG auf, einen Rechtsbruch zu begehen, indem es etwas verlangt, was gemäss schweizerischem Aktienrecht nicht zulässig ist.

Als privatrechtliches Unternehmen ist die Flughafen AG allen Aktionärinnen und Aktionären verpflichtet, und es gibt eben zwei Drittel dieser Aktionäre, die privat sind und vielleicht durchaus Interesse haben, dass der Flughafen sich für die Wirtschaftsregion Zürich engagiert. Wem das nicht passt, für den gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder stellen Sie den Antrag, dass die Flughafen AG verstaatlicht wird. Ob Sie dafür eine Mehrheit finden, da habe ich meine Zweifel. Oder die andere Alternative ist: Sie stellen den Antrag, dass der Kanton Zürich seine Anteile am Flughafen veräussert. Dann müssen Sie sich auch nicht mehr aufregen, wenn er etwas macht, was Ihnen nicht passt. Die Mitte lehnt das Postulat ab.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Kann Transparenz schaden? Jetzt könnte man sagen, «eigentlich nicht». Sie als Politiker und Politikerinnen wissen, dass Sie bei Wahlkämpfen alles angeben müssen, und ich kann Ihnen persönlich bestätigen: Es kann schaden, wenn Sie alles angeben. Wenn Sie plötzlich viel ausgeben, dann heisst es: Woher hast du das Geld? Willst du dir deinen Sitz kaufen? Also Transparenz ist wichtig, aber auch gefährlich. Und jetzt könnte man sagen: Der Flughafen soll doch einfach transparent sein. Ich persönlich finde, ja. Wenn er nichts zu verbergen hat, soll er das sein. Aber das Problem ist eben: Bei uns Politikern gibt es eine gesetzliche Grundlage, die das verlangt, und im Aktienrecht haben wir das nicht. Also wir könnten als dritte Variante – dies in Ergänzung zu Thomas Anwander – das Aktienrecht entsprechend anpassen. Das wäre dann etwas, was auf Stufe Bern möglich wäre, wo wir eben die Verpflichtung hätten, diese Gelder anzugeben.

Mir persönlich ist Transparenz trotz schmerzhafter Erfahrungen ein grosses Anliegen und ich bitte den Flughafen einfach, transparent zu sein. Aber mit der aktuellen Gesetzeslage ist dies nicht möglich. Und by the way, unsere gewählte Regierungsrätin (*Carmen Walker Späh*) im VR (*Verwaltungsrat*) hat die Transparenz. Ich bin noch nie in einem Verwaltungsrat gewesen, wo der Verwaltungsrat etwas will und niemand bewegt sich. Wenn der Verwaltungsrat sagt «ich will etwas wissen», dann geht es zwei Sekunden und dann hast du Antwort. Also wir haben eine gewählte Vertreterin, die die Transparenz hat. Aber wir haben nicht die gesetzliche Grundlage, die es uns ermöglicht, eine Aktiengesellschaft zu etwas zu zwingen, das rechtlich nicht zulässig ist.

Persönlich meine Empfehlung: Flughafen, sei doch transparent! Dann werdet ihr hören, was ihr eh schon wisst, daher fordert ihr das ja. Als EVP kann ich das nicht unterstützen, denn wir haben Gesetze. So wie ich als Privater mich daran halten muss, muss sich auch der Flughafen an die Gesetze halten. Sonst ändern wir doch diese Gesetze, das können wir als Politiker. Besten Dank.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Ich muss jetzt halt auch nochmals in die Kerbe schlagen, dass die Flughafen Zürich AG keine normale Aktiengesellschaft ist. Die Flughafen Zürich AG ist zwar eine privatrechtliche Aktiengesellschaft, das ist aber das einzige Private an der Flughafen Zürich AG. Ein Drittel der Aktien der Flughafen Zürich AG gehören dem Kanton, 5 Prozent der Stadt Zürich. Damit gehört ein grosser Teil der Aktien der Öffentlichkeit. Die Luftfahrt fällt in die Kompetenz des Bundes, das heisst, die Flughafen AG hat einen Auftrag des Bundes und erfüllt damit eine öffentliche Aufgabe. Hinzu kommt, dass der Flughafen Zürich bis Anfang des Jahres 2000 Teil der öffentlichen Verwaltung des Kantons Zürich war. Der Flughafen wurde jahrzehntelang mit öffentlichen Steuergeldern gebaut und ausgebaut, er ist also wirklich eine sehr öffentliche Sache. Und im Jahr 2000 hat man gesagt: Okay, wir werden jetzt eine private Aktiengesellschaft. Die Flughafen Zürcher AG ist also durch und durch eine öffentliche Institution, die im Auftrag der Öffentlichkeit eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt. Das sollte auch den privaten Aktionärinnen und Aktionären bekannt sein, denn es ist ja eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft.

Leider scheint dies der Flughafen Zürich AG bis heute nicht bekannt zu sein. Seit Jahren verhält sie sich wie eine private kapitalistische Organisation mit extrem hohen Salären und Entschädigungen, die einzig dem Wohl des Unternehmens verpflichtet ist und gegenüber der Öffentlichkeit keine Rechenschaft über ihre undemokratischen Gepflogenheiten ablegen muss. Es ist darum nicht verwunderlich, dass der Regierungsrat in seinem Postulatsbericht auf Seite 3 schreibt, ich zitiere: Die Forderungen nach einem öffentlich einsehbaren Spendenregister könne der Regierungsrat nicht von sich aus, sondern nur mit Unterstützung der FZAG erfüllen. Bei mir brennt sich beim Lesen dieses Satzes im Kopf unweigerlich das Bild des Regierungsrates ein, der unterwürfig und mit treuherzigen Augen den Verwaltungsrat bittet, er möge doch die Spenderinnen- und Spenderliste veröffentlichen.

Wie ich bereits ausgeführt habe, nimmt die Flughafen Zürich AG eine öffentliche Aufgabe wahr. Die Flughafen Zürich AG ist also nicht nur Aktionärinnen und Aktionären und dem Unternehmen zum Wohle verpflichtet, sondern auch der Bevölkerung im dicht besiedelten Flughafengebiet sowie der Öffentlichkeit. Wie unlängst eine Rechtsprofessorin (*Odile Ammann, Universität Lausanne*) gegenüber SRF (*Schweizer Radio und Fernsehen*) ausgeführt hat, kann die Flughafen Zürich AG nicht einfach nur schalten und walten, wie sie es für gut befindet, sondern sie ist auch an die Grundrechte gebunden, die in unserem Land für alle gelten. Das heisst, sie kann nicht ohne Grund gewisse Parteien mit hohen Spenden beglücken, andere Parteien hingegen nicht. Die Flughafen Zürich AG müsste also alle Parteien gleich behandeln.

Und damit sind wir mitten im demokratiepolitischen Skandal: Die Flughafen Zürich AG hat mit ihrer Spendenpolitik ihr wohlgesinnte Parteien, wie beispielsweise die FDP und Die Mitte, unterstützt. Die Alternative Liste will keine Verhältnisse wie in einer Bananenrepublik, wo Willkür, Bestechlichkeit und Korruption vorherrschen. Wir leben in einem demokratischen Rechtsstaat mit Grundrechten und in dem Transparenz und Grundrechte eben wichtig sind. Aus diesem

Grund setzen wir uns dafür ein, dass Empfängerinnen und Empfänger der Spenden zwischen 2020 und heute mit Datum, Betrag, Empfängerinnen und Empfängern sowie Zweck publiziert werden. Wir erwarten zudem, dass künftig alle Spenden in einem öffentlich einsehbaren Spendenregister offengelegt werden.

Wir überweisen das Postulat. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christoph Marty (SVP, Zürich): Der Regierungsrat lässt uns in seiner Antwort wissen, dass er sich zu den Spenden der Flughafen Zürich AG bereits in mehreren Vorstössen geäussert habe. Damit will er den dringlichen Postulanten vermutlich subtil zu verstehen gegeben, dass er eine gewisse Sinnhaftigkeit darin erkennen könnte, nicht ständig dieselben Fragen beantworten zu müssen. Weiter erinnert uns die regierungsrätliche Antwort wieder einmal daran, dass am 28. November 1999 das Gesetz über den Flughafen Zürich von den Stimmberchtigten des Kantons Zürich mit einem klaren Mehr von 61 Prozent angenommen und so der Auslagerung des Betriebs des Flughafens Zürich an eine privatrechtliche Aktiengesellschaft zugestimmt wurde. Der Regierungsrat hat aber dennoch alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das Postulat zu beantworten.

Wenn wir hingegen eine Anfrage machen zur Finanzierung mit Steuergeldern der ganzen Vorfeldorganisationen und sogenannten NGO – Domenik Ledergerber hat es bereits angesprochen –, dann werden wir «abgebügelt» und die Auskünfte werden uns unter Missachtung des Öffentlichkeitsprinzips verweigert. Die Flughafen Zürich AG ist jedenfalls eine privatrechtliche Aktiengesellschaft. Dementsprechend kommt ihr grundsätzlich die gleiche unternehmerische Eigenständigkeit wie jeder anderen Aktiengesellschaft zu. Daran ändert auch die Minderheitsbeteiligung des Kantons Zürich und die damit verbundene Abordnung in den Verwaltungsrat nichts. Der Kanton kann weder eigenmächtig als Minderheitsaktionär über die Informationen der Flughafen Zürich AG verfügen, noch kann er beliebig Informationen einfordern. Dennoch gelangte die Volkswirtschaftsdirektion an die Flughafen Zürich AG. Die erhaltene Antwort ist ausgesprochen umfang- und aufschlussreich, Zitat: «Die Flughafen Zürich AG ist dem Kantonsrat aufgrund des Aktienrechts und des Flughafengesetzes nicht auskunftspflichtig»; dies, obwohl im «Blick» etwas anderes steht. Nun gut.

Der Unternehmensführung der Flughafen Zürich AG kommt die Aufgabe zu, die Unternehmensinteressen zu wahren. Diese umfassen auch das Recht und die Pflicht, sich für wirtschaftliche und politische Anliegen, die im speziellen Unternehmensinteresse sind, und sich gegen politische Initiativen, welche die Interessen des Unternehmens und dessen nachhaltige Entwicklung gefährden, einzusetzen. Da haben wir also den Stein des Anstosses. Danach folgen lange und detaillierte Erklärungen, mit welchen alle Spenden und Zahlen offengelegt werden. Damit wird dem Anliegen des Postulats nicht vom Regierungsrat, sondern von der Flughafen Zürich AG vollumfänglich Rechnung getragen. Auch aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat, das dringliche Postulat abzulehnen.

Harry Robert Brandenberger (SP, Pfäffikon): Als Präsident von Pro Natura Zürich muss ich auf das Votum von Domenik Lederberger antworten: Es ist unsaglich, wie du wieder einmal Whataboutism machst und alle in einen Topf wirst. Wir sind eine komplett andere Organisation, wir sind ein Verein. Ich kann es an ein paar wenigen Punkten festmachen: Im Gegensatz zu Josef Felder (*Verwaltungsratspräsident der FZAG*), der 297'000 Franken als VR-Präsident bekommt, bekomme ich minus 100 Franken, das ist nämlich mein Mitgliederbeitrag, den ich zahle. Wir sind ZEWO-Gütesiegel-konform (*Stiftung für Spenden-Zertifizierung*) aufgestellt, das heisst, wir sind transparent und wir zahlen nichts an politische Parteien. Ich kann es dir nur immer wieder an den Kopf werfen: Wir zahlen nichts an politische Parteien. Was wir machen: Wir haben einen politischen Naturschutz, wir investieren insofern in unsere politische Arbeit. Da sind wir im Bereich von etwa 20'000 Franken im Jahr. 20'000 Franken, das ist um Faktoren kleiner als das, was andere machen, einfach hier wieder einmal das Ganze ins rechte Licht gerückt. Besten Dank, dass du das zur Kenntnis nimmst.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir haben das abgemacht, Harry Brandenberger und ich, dass Harry Brandenberger dazu spricht, was wir ausgeben für die Politarbeit. Und ich als ehemaliger Geschäftsleiter und heutiger Projektleiter bei Pro Natura Zürich – das meine Interessenbindung – kann Ihnen einfach sagen, was wir vom Kanton Zürich an Spenden erhalten. Ich musste nicht sehr lange nachschauen, der Betrag ist null Franken. Pro Natura Zürich gibt es seit 1958, seither hat Pro Natura Zürich noch nie eine Spende des Kantons Zürich erhalten, hat auch noch nie eine Leistung des Kantons Zürich erhalten, nur weil es Pro Natura Zürich gibt. Das ist beim Zürcher Bauernverband ja etwas anders, dort führt der Kanton Zürich die Mitgliederadministration, da gibt es durchaus Unterschiede zwischen den Verbänden. Was ich auch noch sagen kann: Pro Natura Zürich hat vom Kanton Zürich nie einen Beitrag für eine politische Arbeit erhalten. Was Pro Natura Zürich vom Kanton an Mitteln erhalten hat, das ist für praktische Projekte im Feld, namentlich dann, wenn sie kantonale Naturschutzgebiete betreffen. Dort erhalten wir immer wieder Projektbeiträge, und das ist durchaus auch logisch: Der Kanton Zürich hat ja auch die Aufgabe, die eigenen kantonalen Schutzgebiete zu unterhalten. Wenn er also einen Beitrag für ein Projekt an Pro Natura Zürich bezahlt, dann spart er damit Geld, weil Pro Natura Zürich selber auch noch Geld in dieses Projekt einschiesst. Und das ist dann auch die Leistung von Pro Natura Zürich an den Kanton Zürich, an die Bevölkerung des Kantons Zürich, die Herr Ledergerber nicht erkennen will, dass die Naturschutzgebiete gut unterhalten sind, dass sie sich weiterentwickeln und dass sie eben sehr gute Naherholungsgebiete für die Leute im Kanton Zürich sind.

Roger Cadonau (EDU, Wetzikon): Beim Postulat geht es um das Einfordern von Transparenz, ähnlich wie bei Toleranz. Wenn es um andere geht, wird es eingefordert und gefordert, bei einem selber nicht. Von daher ein klares Nein zu diesem Postulat. Besten Dank.

Bernhard im Oberdorf (parteilos, Zürich): Es gehört sich ja, dass man in diesem Rat die Interessenbindungen kundtut. Ich mache das, auch wenn sie nur allfällig sind: Ich bin im Vorstand der Schweizer Luftfahrtjournalisten und befasse mich dort immer wieder mit Luftfahrtthemen gemäss den Kriterien der journalistischen Qualität. So habe ich mich zum Gebaren der Luftfahrtgesellschaften auch schon öfter kritisch geäussert, das kann man nachlesen. Ich habe mich hier drin aber auch für den Flughafen eingesetzt, denn bei den Pistenverlängerungen ging es um die Sicherheit. Das Postulat wirkt auf mich etwas wie selektive Entrüstung, und dazu gehört auch diese Sophistik, mit der versucht wird zu sagen, der Flughafen sei etwas ganz Besonderes und für ihn gälten ganz besondere Regeln. Das ist nicht glaubwürdig. Ich erinnere mich noch daran, wie in der Flughafendebatte hier von der linken Seite alles nur unter einem Aspekt gesehen wurde, der Sicherheitsaspekt wurde voll ausgeblendet, mit anderen Worten: Man hat dort einfach ein Sicherheitsrisiko in Kauf genommen, das durch zu kurze Pisten entstehen könnte. In diesem Sinne muss ich wirklich sagen: Ein solches Postulat, das nur dazu dient, Material zu sammeln, um Polemik gegen den Luftverkehr zu machen, das ist nicht glaubwürdig. Und es schadet auch der Glaubwürdigkeit der Postulanten, muss ich sagen.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Für mich ist es unglaublich, dass die Flughafen AG mit irgendeiner anderen Aktiengesellschaft in unserem Land verglichen wird. Da verschliessen Sie wirklich die Augen, das ist für mich völlig unglaublich. Die Flughafen AG ging aus einer kantonalen Direktion hervor, das war die Flughafendirektion, das war eine Abteilung in unserer kantonalen Verwaltung. Dann, zweitens: Die Flughafen AG hat eine Konzession des Bundes. Die Flughafen AG kann nur Geld verdienen, weil sie diese Konzession erhalten hat und den Flugbetrieb für die ganze Schweiz organisiert. Und ich denke, in dieser Situation müssten Sie sagen, die SBB, unsere Telefongesellschaft oder unsere EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), all diese seien einfach eins zu eins Gesellschaften. Da verschliessen Sie wirklich die Augen. Bei dieser Gesellschaft hat der Bürger das Recht, dass der Kanton genau hinschaut, dass wir hier aufpassen; einerseits sicher auch wegen des Lärmschutzes für unsere Bevölkerung, und andererseits darf die Bevölkerung ganz klar Transparenz haben, wo diese Gelder hingehen, die nur durch eine öffentliche Konzession verdient werden. Und die Flughafen AG kann – ihr wird das nicht verboten durch das Gesetz – diese Daten transparent machen. Frau Walker Späh, hier hätten Sie die Möglichkeit, darauf hinzuwirken. Die Flughafen AG kann das einfach tun.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Ich möchte Ihnen schnell den Zweck der Flughafen AG nochmals wiederholen: Der Zweck der Flughafen AG ist Betrieb und Entwicklung eines Flughafens als Verkehrs- und Begegnungsdrehscheibe, um Menschen und Güter zu verbinden. Dies beinhaltet den sicheren Flugbetrieb, die Abfertigung von Passagieren und Fracht, die Entwicklung kommerzieller Flächen und Immobilien sowie die nachhaltige Weiterentwicklung des Standorts. Und ich denke, das müssen wir uns einfach einmal bewusst sein, was die Arbeit, was die

Aufgabe der Flughafen AG ist. Von dem leitet sich auch ein gewisses Engagement für den Support der Flughafen AG ab.

Und ja, die Flughafen AG hat Parteien unterstützt, die eine flughafenfreundliche Politik gemacht haben oder machen. Und da frage ich Sie, Herr Forrer insbesondere: Ist das verwerflich, dass ich Leute unterstütze, die mir wohlgesinnt sind? Ich bin der Meinung, das sei nicht verwerflich, wenn es im Sinne der Firma ist. Und hier möchte ich dann noch erwähnen: Wir alle dürfen dankbar sein, dass es die Flughafen AG gibt, vor allem, dass die Flughafen AG so gut wirtschaftet, dass sie täglich 1 Million Franken investieren kann. Ich finde, das ist eine gigantische Zahl und da dürfte man auch von linker Seite eine gewisse Anerkennung dieser Leistung anbringen. Ich denke, es ist wirklich wichtig, dass wir uns dessen bewusst sind. Und ich denke – und das ist ja der Titel dieses Postulats – schlussendlich sprechen wir ja von Transparenz bei den Spenden. Das finde ich auch wichtig, Transparenz ist wichtig und die Transparenz soll so weit wie möglich gehen, so dass sie der Firma selber nicht schadet.

Ich denke, in der Antwort dieses dringlichen Postulats haben wir die Antwort erhalten, wir wissen jetzt, wo das Geld hingeht. Wir wissen auch, wer weiterhin Geld erhält und wer kein Geld mehr erhält, nämlich die Parteien. Und hier möchte ich Ihnen von der linken Seite auch sagen, insbesondere Herrn Forrer, danke, haben Sie mich angesprochen: Die EDU hat nie einen Cent erhalten, im Gegensatz zu Ihrer Seite, kann ich sagen. Sie haben ja diese Fragen von Herrn Ledergerber auch nicht beantwortet, woher Sie Support bekommen. Sie bekommen auch Support, verschiedene Institutionen. Das muss nicht nur immer Geld sein, das kann auch persönlicher Support sein, das ist indirekt auch eine Geldzahlung. Und dann müssen wir so ehrlich sein hier drin: Wir alle erhalten hin und wieder irgendwelche Unterstützungen von Leuten, meistens eben ideeller Art, aber wir erhalten das alle. Und darum finde ich es ein bisschen heikel, wenn man mit Steinen wirft, wenn man selber im Glashaus sitzt. Ich sage nur ein Beispiel: Wir alle erhalten von Zeit zu Zeit eine Einladung ins Opernhaus. Und wir wissen, was so eine Karte kostet. Eine solche Karte kostet 400 Franken für zwei Personen, 400 Franken. Auf der linken Seite wird diese Einladung auch angenommen. Ich muss sagen, ich war auch schon einmal dort. Also seien wir doch so ehrlich und so selbtkritisch, dass wir einfach auch sagen: Ja, wir alle profitieren von Support. Wir sind sogar – ich gehe so weit –, wir sind als Parteien auf Support sogar angewiesen, das ist nun einmal so.

Vielleicht zum Schluss: Seien wir doch so ehrlich, dass wir wirklich sagen können, dass dieses Postulat etwas zutage gefördert hat, das gut war, das auch dem Vertrauen für die Politik hilft. Und seien wir jetzt aber auch so ehrlich und sagen: Dieses Postulat hat die Antworten gebracht, die wir haben wollten. Es ist nichts mehr offen und darum müssen wir dieses Postulat jetzt auch nicht mehr weiterverfolgen. Danke vielmals.

Nicola Siegrist (SP, Zürich): Geschätzter Herr Kantonsrat Egli, wir wissen ja eben genau nicht, an wen das Geld fliesst. Nur weil Sie es dreimal wiederholen, wird

es damit nicht wahr. Wir wissen ungefähr, was der Schnitt (*der ausbezahlten Beiträge*) der letzten fünf Jahre war, aber wir wissen nicht, an wen es fliesst, wir wissen nicht – und das ist die Forderung im Kern –, wie viel an welche Organisationen und Verbände und zu welchem Zweck. Das ist nicht aufgeschlüsselt. Und deshalb muss ein Transparenzregister her, und zwar nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft.

Kennen Sie das Lindt&Sprüngli-Gesetz (*Schweizer Schokoladenhersteller*)? Nein? Ich auch nicht, weil es das nicht gibt. Es gibt aber sehr wohl ein Flughafengesetz. Sie können nicht die Flughafen Zürich AG x- und x- und x-mal wieder mit einem anderen privaten Unternehmen vergleichen, wenn offensichtlich ein klarer Unterschied besteht. Welches andere private Unternehmen hat ein explizites Gesetz, wo wir Dinge festschreiben, wo wir den ursprünglichen Zweck des Unternehmens festschreiben, wie ihn Herr Egli gerade vorher auch vorgelesen hat? Es gibt offensichtlich einen Unterschied. Wie viele von Ihnen würden dieses Unternehmen denn scheitern lassen, wenn es ihm schlecht ginge? So wie die FDP vorher wieder festgestellt hat, wie sie sich zu diesem Unternehmen bekennt, würde sie es ganz sicher nicht serbeln lassen.

Es scheint mir kein Zufall zu sein, dass alle Parteien, die in den letzten Jahren vom Unternehmen, vom Flughafen Zürich, Geld erhalten haben, jetzt auch diesen Transparenzvorstoss ablehnen. Sie konnten im Wesentlichen nicht den Gegenbeweis erbringen. Und besonders erstaunt bin ich da von der SVP. Ich bin sehr überzeugt, dass Ihre eigene Basis nicht dulden würde, dass Sie hier gegen Transparenz ankämpfen. Sie machen Whataboutism und zeigen auf andere Dinge, aber auf den Kern des Postulats sind Sie nicht eingegangen, Herr Ledergerber, Sie haben abgelenkt, weil Sie nicht möchten, dass Sie nachher auf die Finger gehaut bekommen von Ihrer eigenen Parteibasis. Die möchte Transparenz. Die findet den Flughafen gut, das ist ja klar, aber sie möchte, dass Sie Transparenz schaffen.

Und zum Schluss erscheint mir doch auch noch wichtig zu betonen: Der Regierungsrat könnte vom Flughafen wenigstens einfordern, dass man das transparent macht. Selbst wenn man an diese fadenscheinige Begründung glaubt, dass der Kanton keine speziellen Rechte hat, das einzufordern, könnte der Regierungsrat das vom Flughafen verlangen. Und der Flughafen würde das vermutlich machen, denn der Flughafen weiss, dass man auf die Unterstützung des Kantons angewiesen ist.

Aber Sie haben in Ihrer Antwort, Frau Regierungsrätin, ja mit keinem Wort gesagt, dass Sie das eigentlich eine gute Forderung finden. Sie haben sich immer noch hinter diesen fadenscheinigen Begründungen bezüglich Aktiengesellschaft versteckt. Haben Sie etwas Mut, stehen Sie hin, sagen Sie dem Flughafen, wo es hingehen soll. Wir brauchen Transparenz, wo das Geld dieser Unternehmung hinfliest, dann ist diese Forderung auch endlich erfüllt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich muss einfach noch einmal etwas sagen zu diesen Anschuldigungen, ja, wir nähmen ja alle ein bisschen Geld, und ja, dieser Graubereich. Das stimmt einfach nicht. Ich kann Ihnen für die Grünen ganz klar Auskunft geben: Wir haben Transparenzrichtlinien, Sie finden diese online

auf unserer Webseite. Sie können in unserer Jahresrechnung nachschauen, da wird alles transparent ausgewiesen. Wir haben Mittel vor allem von unseren Mitgliedern, von Spenderinnen und Spendern. Und nein, es gibt da nicht irgendwelches Gemauschel von Firmen, die uns halt noch ein bisschen was zahlen. Gewerkschaften finanzieren uns auch nicht, NGO finanzieren uns auch nicht, ich möchte das klar festhalten.

Und noch zur Oper, Herr Egli: Also 400 Franken kostet ein Ticket nicht. Ich gehe manchmal auch in die Oper, ohne dass ich als Kantonsrätin eingeladen werde. Also da haben Sie offenbar schon lange kein Ticket mehr selbst gekauft. Besten Dank.

Christa Stünzi (GLP, Horgen) spricht zum zweiten Mal: Ich habe jetzt ganz gut zugehört, und wenn ich richtig gehört habe, dann möchten Sie mehr Transparenz von Firmen und Institutionen mit staatlichen Beiträgen, insbesondere privaten Firmen. Um die Antwort auf die Frage von Herrn Siegrist zu geben: Es gibt noch weitere Firmen, die Gesetze haben, die nach ihnen benannt werden, das Opernhaus-Gesetz, das EKZ-Gesetz, das ZKB-Gesetz (*Zürcher Kantonalbank*), das SBB-Gesetz. All diese Firmen sind mit dem Flughafen gleichzustellen. Und ich fordere nicht, dass wir hier den Flughafen mit irgendwelchen anderen Verbänden gleichstellen, sondern wenn, dann zumindest mit denen, die mit ihnen vergleichbar sind, das heisst einer Swisscom (*Schweizer Telecom-Unternehmen*), einer SBB, einer EKZ, einer ZKB und so weiter. Das würde heissen, dass man legislativ tätig wäre, und da komme ich auf das Votum von Donato Scognamiglio zurück: Das wäre unsere Aufgabe, hier generell abstrakte Normen oder, anders gesagt, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, und dann bekommen wir auch die Informationen, die wir uns erhoffen. Aber eine Firma herauszugreifen, ohne die gesetzliche Grundlage zu haben, das ist stossend.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Eine kleine Anmerkung an die GLP: Die EKZ sind keine Aktiengesellschaft, sie sind eine Anstalt und zu 100-prozentig im Besitz des Kantons Zürich. Die ZKB ist keine Aktiengesellschaft, die ist auch voll im Eigentum des Kantons Zürich. Das sind also komplett andere Rechtsformen, bitte verwechseln Sie das nicht. Aber ich habe, glaube ich, die GLP richtig verstanden: Wenn wir bei all diesen Unternehmungen volle Transparenz fordern wollen, dann sind Sie offensichtlich dabei. Das machen wir sehr gerne, wir können gleich nachher zusammen einen Vorstoss machen. Herzlichen Dank, dass Sie ihn mitunterstützen. Darüber hinaus könnten Sie jetzt schon einmal dafür sorgen, dass der erste Teil gemacht wird, und heute zustimmen. Danke.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Ich nehme von den Herren Brandenberger und Hasler zur Kenntnis: Parteispenden entrichten Sie nicht, das verteufeln Sie sogar. Auch Selma L'Orange Seigo glaube ich, dass Sie diese Spenden nicht entgegennehmen. Aber was ist dann mit persönlicher Unterstützung von Politikerinnen und Politikern? Ist das etwas anderes? Aha, nein? Harry Brandenberger hat im letzten Wahlkampf mindestens 1000 Franken von

Pro Natura erhalten, David Galeuchet mindestens 740 Franken von Pro Natura, das steht im Protokoll zum Geschäft 179/2023. Wo ist jetzt das Problem, wo ist der Unterschied? Erklären Sie mir das bitte. Bitte tun Sie es weiter, denn es belebt unseren politischen Diskurs, ich habe überhaupt nichts dagegen. Aber tun Sie nicht so, als würden Sie keine Spendengelder entgegennehmen. Und bitte achten Sie in Zukunft ganz genau darauf, dass Projektgelder für Pro Natura vom Kanton Zürich wirklich auch ausschliesslich für diese Projekte eingesetzt werden.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Die Heftigkeit dieser Debatte zeigt doch, dass das immer noch ein wunder Punkt auf der rechten Seite ist. Und ich muss natürlich sagen: Mir wäre auch ein bisschen heiss auf dem Stuhl, wenn meine Partei von einem staatsnahen Betrieb bis zu 80'000 Franken im Jahr entgegengenommen hätte. Stellen Sie sich vor, die Schweizerische Post, eine spezialgesetzliche AG, würde den linken Parteien oder der UNIA (*Gewerkschaft*) Geld ausschütten. Stellen Sie sich vor, wie Sie dort drüben aufschreien würden. Stellen Sie sich vor, die SBB würde den Grünen Geld für den Wahlkampf geben, weil wir eine konstruktive ÖV-Politik betreiben. Wie würden Sie auf der anderen Seite aufschreien! Aber wenn es um Sie und Ihre bürgerlich nahen Organisationen geht, dann versteckt man sich hinter Formalismen, dann kann man sich verrenken und knicken, Hauptsache, man muss der Transparenz nicht ins Auge schauen.

Und ich muss sagen, da ist vielleicht sogar die Flughafen Zürich AG einen Schritt weiter als Sie in Ihren Parteien und bürgerlichen Organisationen, denn ich lese in der Stellungnahme der Flughafen Zürich AG das kursiv Gedruckte im Postulat: «Wir anerkennen», heisst es da von der FZAG, «ein öffentliches Interesse an den Beitragszahlungen der FZAG». Lernprozess! Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, die durch die FZAG getätigten Beiträge an Verbände und Institutionen einzurunden. Okay, einzuordnen ist noch keine Transparenz, aber am Ende heisst es: Wir überlassen es den Parteien und Organisationen, den Empfang einer Spende zu kommunizieren oder nicht. Sie müssen sich also gar nicht hinter irgendwelchen aktienrechtlichen Formalismen verstecken, Sie können hier einfach aufstehen und sagen: Wir, die SVP, haben so und so viel bekommen, wir von der Handelskammer haben so und so viel, wir vom Gewerbeverband haben so und so viel, wir von Economiesuisse haben das und das eingesackt. Sie können das einfach hier erzählen und Transparenz schaffen. Denn offenbar selbst die FZAG anerkennt, dass die Beiträge, die sie ausschüttet, von einem öffentlichen Interesse sind. Sie müssen sich also nicht verrenken, stehen Sie auf und sagen Sie es einfach. Aber ich weiss schon, es ist wahrscheinlich ziemlich viel und es ist halt ein Grundgesetz in der Politik, vor allem in der Finanzpolitik: Wer mit verdeckten Karten spielt, hat meistens etwas zu verbergen.

Christoph Marty (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es ist ja rührend, dass Sie sich Sorgen um unsere Basis machen, welche ein Problem mit dem Flughafen Zürich haben könnte. Ich kann Ihnen versichern, dem ist nicht so. Und da die Postulanten offensichtlich ein Problem mit dem Flughafen Zürich haben, ja, was

könnte man da tun? Sie könnten ja versuchen, einen Volksentscheid von 2020, welcher den Flughafen für die öffentliche Hand zu einem Goldesel wie aus dem Märchen gemacht hat, wieder rückgängig zu machen, zum Beispiel mit einer Volksabstimmung, welche die Gründung der «VEB Interflug», des volkseigenen Betriebs für internationalen Flugverkehr des Kantons Zürich, fordern würde. Mit dessen Umsetzung wäre es dann schlagartig vorbei mit der Erfolgsgeschichte, welche der öffentlichen Hand seit der Privatisierung bis Ende 2024 Dividenden in der Höhe von 579 Millionen Franken an Bund, Kanton, Stadt und Gemeinden eingebbracht hat. Aber vielleicht beginnen Sie auch endlich einzusehen, dass der Flughafen Zürich eine der entscheidenden Trumpfkarten des Kantons und des Landes ist, dass der Flughafen nicht nur Garant für eine gute Erreichbarkeit der Schweiz, sondern auch ein eminent wichtiger Wirtschaftsstandort ist. In den über 300 Betrieben haben rund 27'000 Menschen einen Arbeitsplatz gefunden, der bedeutendste davon ist die Flughafen Zürich AG. Auch wenn von Ihnen als Gegner des Flughafens angenommen wird, wie wir Ihren Postulaten entnehmen können, der Flughafen Zürich AG sei so eine Art Halb-Staatsbetrieb, so trifft dies nachweislich nicht zu. Sehen Sie endlich ein, dass die Rechtslage eine andere ist, auch wenn im «Sonntagsblick» etwas anderes gestanden hat.

Wem diese börsenkotierte Aktiengesellschaft ihre Unterstützung zukommen lassen will, ist nicht Sache der Politik. Und wie wir der ausführlichen Antwort der Flughafen Zürich AG entnehmen können, werden politische Parteien nicht unterstützt. Ich würde an dieser Stelle an die Verantwortlichen der Flughafen Zürich AG appellieren: Seien Sie mutig und entschlossen, unterstützen Sie künftig Parteien, Organisationen und Verbände und Gruppierungen, welche gegenüber dem Flughafen und dem Wirtschaftsstandort Zürich freundlich, positiv eingestellt sind, und helfen Sie so mit, den Einfluss der feindlich negativen Kräfte, deren politisches Wirken auf die Zersetzung des Erfolgsmodells Flughafen Zürich AG ausgerichtet ist, einzudämmen. Da die Forderungen des Postulats von der Regierung als eindeutig falscher Adressatin unmöglich erfüllt werden können, ist es eigentlich irrelevant, wie wir uns dazu stellen, aber der guten Ordnung halber: Bitte ablehnen!

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Ich bin ja bekannt dafür, dass ich flughafenkritisch bin, ich habe jede Pistenverlängerung abgelehnt. Und trotzdem muss ich sagen: Es ist wichtig, dass es der Flughafen AG gut geht, dass sie prosperiert und dass es ihr gut geht. Und da möchte ich insbesondere Herrn Forrer ansprechen: Was spricht dagegen, dass die Flughafen AG Personen oder Parteien unterstützt – oder in der Vergangenheit unterstützt hat, so muss ich ja sagen –, die ihre Interessen vertreten? Das ist doch völlig normal. Die Grüne Partei empfiehlt auch keine Vertreter – oder sagen wir es so –, BirdLife (Vogelschutzorganisation) empfiehlt auch keine Vertreter der bürgerlichen Seite zu irgendeiner Wahl. Ich werde von BirdLife nie eine Wahlunterstützung erhalten, das ist einfach so, das liegt in der Natur der Sache. Das möchte ich einfach hier wirklich nochmals betonen. Es ist doch völlig legitim, dass eine Firma die Personen unterstützt, die ihr wohlgesinnt sind, und darum sage ich schon: Transparenz, ja, das

hat die Flughafen AG mit der Beantwortung des Postulats gemacht. Transparenz, ja, aber sie muss verhältnismässig sein.

Und einfach zu Selma L'Orange Seigo: Wenn Sie den Ticketpreis herunterbrechen, die 85 Millionen Franken, die der Kanton Zürich dem Opernhaus bezahlt, dividiert durch die Zahl der Eintritte, dann ergibt das pro Eintritt eine Subvention von 100 Franken. Sie bezahlen 100 Franken für das Ticket, 100 Franken ist die Subvention, das ergibt 200 Franken, zwei Personen ergeben 400 Franken. Sie können es rechnen, wie Sie wollen, der Opernhausbesuch von zwei Personen kostet 400 Franken. Ja, seien wir doch einfach ehrlich, seien wir aber auch pragmatisch und seien wir einfach froh, dass es der Flughafen AG so gut geht, dass sie jedes Jahr, wie gesagt, 50 Millionen Franken dem Kanton als Dividendenausshüttung bezahlen kann. Deshalb sind die paar Franken, die die Flughafen AG an Institutionen zahlt, ja eigentlich Peanuts. Wir diskutieren hier über Peanuts, nicht wirklich über Probleme. Danke vielmals.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Geschätzte Linke und Grüne, ich habe Ihnen jetzt lange, wahrscheinlich zu lange, zugehört. Es geht euch definitiv nicht mehr um Transparenz. Wir haben es durchschaut, es geht um Effekthascherei. Denn die Grünen haben die Unternehmen genannt, die ihnen nämlich ein Dorn im Auge sind. Also ablehnen ist eigentlich das einzige Richtige für dieses unsägliche Postulat. Danke.

Thomas Anwander (Die Mitte, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich habe es schon einmal ausgeführt, die Flughafen AG ist eben kein gemischtwirtschaftliches Unternehmen. Wenn das die Absicht gewesen wäre, dann hätte man das im Flughafengesetz so konstruiert. Es gibt auch im Aktienrecht das Institut des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens, das hat man nicht gewählt. Und die Tatsache, dass die Flughafen AG eine Konzession hat, ist auch nicht die Ableitung, dass es dann ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen ist. Auch jede Bank, zum Beispiel die Landbank in Elgg, braucht eine Konzession der FINMA (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*). Nur aufgrund der Konzession ist man noch nicht gemischtwirtschaftlich. Also diese Geschichte, dass man, nur weil man eine Konzession hat, gemeinwirtschaftlich ist, ist einfach juristisch falsch und bringt uns auch politisch nicht weiter.

Das Zweite ist: Wir wehren uns ja nicht gegen die Transparenz per se, sondern wir wehren uns dagegen, dass eben über das Institut des Grossaktionärs Recht, geltendes Aktienrecht, verletzt werden soll. Wir können durchaus nachvollziehen, dass man sagt, «wir wollen wissen, bei welchen Organisationen die Flughafen AG Mitglied ist». Dazu wird sich der Verwaltungsrat wahrscheinlich nur schon aufgrund von Good-Governance-Überlegungen sowieso Gedanken machen, denn das ist eigentlich nicht so wahnsinnig weltbewegend. Aber wichtig ist uns, dass wir die Rechte, die durch das nationale Recht vorgegeben sind, auch als Kanton beachten und nicht so tun, wie wenn wir diejenigen wären, die alles entscheiden könnten. Und das Dritte ist: Der Flughafen hat, glaube ich, auch erkannt, dass die Verteilung von Geldern an politische Parteien sicher nicht sensibel ist, und hat

das eingestellt. Aber das soll ihn nicht daran hindern, dass er auf der einen Seite bei Organisationen im Wirtschaftsraum Zürich oder aber auf der anderen Seite auch bei lokalen Handelskammern – der Flughafen ist zum Beispiel auch ein Flughafenbetreiber in Brasilien oder in Indien – Mitglied ist. Wieso nicht? Das macht absolut Sinn. Tun wir doch nicht so päpstlich, indem wir, nur weil wir ein Problem mit dem Lärm im Flughafengebiet Zürich haben, Regeln machen, die ein global tätiges Unternehmen einschränken.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Zu dieser Frage der gemischtwirtschaftlichen Aktiengesellschaft: Es tut uns leid, dass wir da dem Flughafen Glauben schenken und auch ganz naiv die Antwort des Regierungsrates für bare Münze genommen haben. Dort steht nämlich im zweiten Abschnitt, ich zitiere: «Die FZAG ist eine gemischtwirtschaftliche Aktiengesellschaft gemäss Artikel 762 des Obligationenrechts.» Und auf der Webseite des Flughafens finden Sie das auch. Offenbar sind Sie da besser informiert (*Heiterkeit*).

Und noch eine kurze Anmerkung zu den Peanuts: Irgendwie geht Ihnen da so ein bisschen das Verhältnis verloren, ich finde das recht despektierlich. 50'000 Franken sind halt für gewisse Parteien keine Peanuts, für uns zum Beispiel nicht. Und ja, wir dürfen uns ärgern, wenn gewisse Parteien 50'000 Franken aus einem staatsnahen Betrieb bekommen und andere nicht.

Ratspräsident Beat Habegger: So, das Wort wird tatsächlich aus dem Rat nicht weiter gewünscht. Die Volkswirtschaftsdirektorin ist sich ja gewohnt, dass sie bei Flughafendebatten länger auf die Worterteilung warten muss. Auf jeden Fall hat sie jetzt das Wort.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ja, ich bin es mir gewohnt, emotionale, bewegende Debatten ausführlicher Natur beizuwohnen. Und ja, das gehört auch zur Demokratie und zur Aufgabe einer Regierungsrätin.

Nun, der Regierungsrat hat Ihnen ja eine ausführliche Antwort beziehungsweise Stellungnahme der Flughafen Zürich AG zugestellt, und in dieser Stellungnahme hat der Flughafen noch einmal betont, dass es keine Parteispenden mehr gibt. Und er hat auch aufgeführt, an welchen Organisationen er beteiligt ist. Er hat sogar zum Teil die Größenordnung der Beträge genannt. Und würden Sie auf die Homepage des Flughafens Zürich gehen, dann würden Sie sehr viele Informationen erhalten, und dazu möchte ich Sie, insbesondere auf der linken Ratsseite, einmal anregen. Gehen Sie doch einmal auf diese Homepage, schauen Sie sich die Dokumente bei der Einladung zur Generalversammlung an. Dann werden Sie staunen, wie viel der Flughafen hier transparent macht. Und ich bin überzeugt, dass er das so macht, wie es nicht viele Unternehmen tun, dass er hier einen guten Job macht.

Den Flughafen mit der SRG zu vergleichen, mit Verlaub, die SRG ist über Serafe (*Schweizerische Erhebungsstelle für die Radio- und Fernsehabgabe*) eine gebührenfinanzierte Unternehmung, nicht so der Flughafen. Der Flughafen ist ein börsenkotiertes Unternehmen, das sich selber finanziert und übrigens nicht einmal in

der Corona-Pandemie Geld vom Staat brauchte, weil er auf einer soliden Grundlage war, mit Ausnahme natürlich der Kurzarbeitsentschädigung.

Und ja, es ist legitim, dass sich ein Unternehmen für seine Interessen einsetzt, und da muss das Unternehmen nicht in jedem Fall ausgewogen sein. Es darf seine Interessen vertreten, auch wenn es nicht alle gleich sehen. Und das tut der Flughafen und das darf er tun, auch mit seinen Beteiligungen, die, wenn man die Frankenbeträge anschaut, allein die Dividenden von 50 Millionen Franken – und ich rede nur von den Dividenden, ich rede nicht von den Steuern, die der Flughafen zusätzlich generiert –, allein mit den Dividenden, dann ist das sicher nicht in einem unausgewogenen Verhältnis.

Nun, der «Sonntagsblick» hat gestern wissentlich einen falschen und wissentlich einen irreführenden Artikel publiziert. Ich sage deshalb «wissentlich», weil meine Kommunikationsstelle seit Freitag mit dem «Sonntagsblick» und dem entsprechenden Journalisten in Kontakt war und weil wir wissen, dass der «Sonntagsblick» das ganze Gutachten hat; das wurde uns bestätigt. Der «Sonntagsblick» sei durch eine Indiskretion – das hat er nicht selber gesagt, aber das ist ja klar, dass das Gutachten vertraulich war – zum ganzen Gutachten gekommen, erstaunlicherweise am Vorabend dieser Debatte. Gut. Trotzdem ist der Artikel erschienen, obwohl wir dem Journalisten das Gegenteil mehrfach belegt haben und er das Gutachten auch hätte lesen können. Ich habe mich deshalb gestern mit Herrn Professor Kunz in Verbindung gesetzt. Und Herr Professor Kunz hat gegenüber dem Flughafen, weil es ein Gutachten des Zürcher Flughafens ist, aber in Transparenz gegenüber dem Kanton klar bestätigt, ich zitiere ihn: «Meine wissenschaftliche Position zu Informationsprivilegien von Grossaktionären ist seit meiner Habilitation im Jahr 2001 klar und eindeutig: Es gibt keine Privilegierung. Das heisst, es gilt die absolute Gleichbehandlung für alle Aktionäre. Und dies trifft erst recht zu bei Publikumsgesellschaften wie der Flughafen Zürich AG. Und nichts anderes habe ich in meinem Rechtsgutachten festgehalten. Der Artikel im «Sonntagsblick» ist deshalb» – auch mit den Worten von Herrn Professor Kunz – «unzutreffend und irreführend.» Und ich ergänze nun: Das hätte man lesen können, wenn man schon als Zeitung das ganze Gutachten hat, das stand nämlich dort drin. Leider konnten wir den «Sonntagsblick» nicht überzeugen.

Was heisst das für die Zukunft? Frau Kantonsrätin Sibylle Marti, bitte rufen Sie mich doch vorher an, bevor Sie sich entrüsten. Oder fragen Sie den Flughafen, ob das wirklich so ist, was Ihnen der «Sonntagsblick» erzählt. Rufen Sie mich an, ich bin auch am Sonntag für Sie erreichbar, und dann hätten wir uns vielleicht viele Diskussionspunkte ersparen können.

Ich möchte auch noch der Transparenz halber erwähnen, dass in Rücksprache mit dem Flughafen selbstverständlich die zuständigen Kommissionen des Kantonsrates dieses Gutachten von mir erhalten werden. Besten Dank für die Ablehnung des Postulates.

Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich erlaube mir noch ganz kurz etwas zu sagen. Vielen Dank, Frau Volkswirtschaftsdirektorin, für dieses Angebot. Ich werde das sicherlich in Zukunft in Anspruch nehmen und freue mich

auf informative Telefonate an Sonntagen. Ansonsten haben wir in dieser Debatte viele Ablenkungsmanöver und Nebelpetarden von rechter Seite gehört, denn der Punkt ist: Man kann sich immer hinter juristischen Ausflüchten verstecken, aber die wichtigste Frage, die ich der Volkswirtschaftsdirektorin gestellt habe, hat sie nicht beantwortet. Wieso wehrt sich die Flughafen Zürich AG gegen Transparenz? Auf der Webseite stehen die Unternehmen, bei denen sie Mitglied ist. Es würde ungefähr eine halbe Stunde dauern für eine halbwegs begabte Person, die die Webseite macht, um da noch aufzulisten, wie viele Beträge man an welche Organisationen spendet. Das ist nicht Rocket Science, Transparenz ist eine Frage des politischen Willens. Und wie wir jetzt dann gleich wieder hier vorgeführt bekommen: Weder der Regierungsrat des Kantons Zürich noch die rechte Mehrheit in diesem Parlament stehen für Transparenz. Wir nehmen das so zur Kenntnis. Aber damit, meine Damen und Herren, ist für Sie das Thema nicht erledigt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 58 Stimmen (bei 1 Enthaltung), das dringliche Postulat KR-Nr. 273/2025 nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.